

Fraktionsantrag

- öffentlich -

Datum: 03.09.2026

Antragsteller	CDU-Fraktion, WsR-Fraktion, B90/Die Grünen-Fraktion, UMMA
---------------	---

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	27.08.2026	beschließend
Stadtverordnetenversammlung	01.10.2026	beschließend

Betreff:

Gemeinsame Resolution der Fraktionen Wir sind Raunheim (WsR), CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UMMA

"Wahrung der politischen Kultur und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Raunheim"

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihr Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie zu einer politischen Kultur, die von gegenseitigem Respekt, Fairness, Sachlichkeit und der Achtung der Würde jedes Einzelnen geprägt ist. Politische Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Zielsetzungen sind Wesensmerkmale einer pluralistischen Demokratie. Sie dürfen deutlich und kontrovers ausgetragen werden und stehen einer sachbezogenen Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Raunheim nicht entgegen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, politische Auseinandersetzungen und Wahlkämpfe in erster Linie über politische Positionen, Entscheidungen, Handlungen und unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft unserer Stadt zu führen. Persönliche Merkmale oder Zuschreibungen insbesondere aufgrund tatsächlicher oder zugeschriebener Herkunft, Religion oder kultureller Prägung — dürfen nicht dazu genutzt werden, politische Mitbewerber auszugrenzen, herabzusetzen oder ihre Zugehörigkeit zur örtlichen Gemeinschaft infrage zu stellen.

3. Vor diesem Hintergrund betrachtet die Stadtverordnetenversammlung die Bildsprache des aktuell im Zusammenhang mit dem Abwahlverfahren verwendeten Plakatmotivs kritisch. Politische Kommunikation sollte auch in zugespitzten Wahlkampf Situationen nicht darauf ausgerichtet sein, einzelne Personen oder politische Gruppen durch persönliche Darstellungen oder Zuschreibungen herabzusetzen, gegeneinander auszuspielen oder bestehende gesellschaftliche Ressentiments zu verstärken. Entscheidend für die politische Auseinandersetzung sollten die jeweiligen Positionen, Entscheidungen und das konkrete politische Handeln sein.

4. Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an alle kommunalen Mandats- und Amtsträger sowie an alle am politischen Wettbewerb Beteiligten, ihrer besonderen Verantwortung für Sprache, Darstellung und öffentliche Kommunikation gerecht zu werden. Ein engagierter und kontroverser Wahlkampf gehört zur Demokratie. Zugleich sollte der politische Wettbewerb von gegenseitigem Respekt und Fairness getragen sein. Politische Mitbewerber dürfen unterschiedliche Ziele verfolgen und miteinander um Mehrheiten ringen, ohne sich gegenseitig persönlich abzuwerten.

5. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren gemeinsamen Anspruch, auch über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg zu einem respektvollen politischen Klima in Raunheim beizutragen. Politische Auseinandersetzungen dürfen intensiv geführt werden. Gleichzeitig tragen alle demokratischen Kräfte Verantwortung dafür, Gesprächsfähigkeit und Zusammenarbeit auch nach kontroversen Wahlkämpfen zu erhalten. Gemeinsames Ziel bleibt eine demokratische, weltoffene und respektvolle Stadtgesellschaft, in der politische Unterschiede deutlich sichtbar sein können, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt dauerhaft zu beschädigen.

Anlage(n):

- (1) Gemeinsame Resolution der Fraktionen WsR, CDU, B90 u. UMMA - Wahrung der politischen Kultur und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Raunheim